

SOZIALSERVICE

**Kinderzuschuss
des Landes**

Der Kinderzuschuss des Landes beträgt monatlich 145,35 Euro. Er gilt für die ersten 12 Lebensmonate des Kindes, solange die Anspruchsvoraussetzungen gegeben sind. Den Kinderzuschuss bekommt ein Elternteil (auch Adoptiv- oder Pflegeelternanteil), wenn

- der Antrag innerhalb der ersten 12 Lebensmonate des Kindes gestellt wird und für dieses Kind auch Familienbeihilfe des Bundes gewährt wird

- der antragstellende Elternteil mit dem Kind im gemeinsamen Haushalt lebt

- der Hauptwohnsitz des Kindes und des beziehenden Elternteils in der Steiermark liegt

Für die Gewährung des Kinderzuschusses darf das monatliche Familien-Nettoeinkommen maximal folgende Höhe haben:

1 Erw., 1 Kind: 1.089,00 Euro

2 Erw., 1 Kind: 1.669,80 Euro

1 Erw., 2 Kinder: 1.452,00 Euro

2 Erw., 2 Kinder: 2.032,80 Euro

1 Erw., 3 Kinder: 1.815,00 Euro

2 Erw., 3 Kinder: 2.395,80 Euro

1 Erw., 4 Kinder: 2.178,00 Euro

2 Erw., 4 Kinder: 2.758,80 Euro

1 Erw., 5 Kinder: 2.541,00 Euro

2 Erw., 5 Kinder: 3.121,80 Euro

Den Antrag stellt man beim Gemeindeamt, beim Bezirksamt des Magistrates Graz oder im Referat Frau-Familie-Gesellschaft, Karmeliterplatz 2, 8010 Graz.

Erforderliche Unterlagen: Die Geburtsurkunde des Kindes, Meldezettel aller im Haushalt lebenden Personen, Nachweis über den Bezug der Familienbeihilfe (Bescheid oder Auszahlungsbeleg) sowie Einkommensnachweise.

Weitere Informationen und auch das Antragsformular finden Sie im Internet unter:

www.steiermark.at/referat-ffg

DSA Karin Gruber

KPÖ-Landtagsklub,

Herrengasse 16, 8010 Graz,

Tel: 0316/877 51 01

E-Mail: karin.gruber@stmk.gv.at

HOHE LEBENSMITTELKOSTEN

Schock beim Einkaufen

Nach der Milchpreiserhöhung kosten auch Brot und Fleisch mehr. Die Familien und die Pensionisten trifft es am härtesten. Die KPÖ schlägt eine Amtliche Preisregelung vor.

Den Letzten beißen die Hunde, heißt es. In diesem Fall trifft es die Ärmsten: Familien mit wenig Einkommen, Pensionistinnen und Pensionisten, Menschen mit Sozialhilfe. Sie können sich Lebenswichtiges bald nicht mehr leisten. Denn die Preise dafür steigen ins Bodenlose, während die Preise für Elektrogeräte und ähnliches sinken. Milch wurde unlängst teurer, die Brot- und Fleischpreise sollen noch heuer angehoben werden, auch die Kosten für Heizung und Strom steigen. „Die Ausgaben fressen die Einkommen auf“, so der Diakonie-Sozialexperte Martin Schenk von der österreichischen Armutskonferenz.

Denn die Gehalts- und

Pensionsentwicklung hält da nicht mit. Gerade die Güter des täglichen Bedarfs sind teurer geworden, hat die Statistik Austria herausgefunden. Ein Liter Milch war vor der Euro-Umstellung um 9,90 S zu haben, bis ins Frühjahr reichten rund 90 Cent (immer noch 12,40 ÖS). Seit Sommerbeginn kostet Qualitätsmilch 1,05 Euro (14 ÖS); im Schlepptau wurden auch Milchprodukte teurer (Joghurt +12%, Sauerrahm +13% im Vergleich zum Vorjahr).

Blickt man noch weiter zurück, schaut es noch schlimmer aus: Einen Kilo gutes Brot bekam man 2001 um rund 28 S, inzwischen sind daraus gut 50 Schilling geworden. Und heuer soll der Preis von Brot und Fleisch noch einmal steigen (obwohl der Brotpreis im Frühjahr angehoben wurde).

Billigprodukte

Ein Ausweg ist die Flucht zu Billigprodukten diverser Diskonter, die bei Produkttests nicht immer wirklich gut ab-

schneiden. Kein Wunder, ist doch in einem Kilo Brot um 2 Euro logischerweise nicht die biologische Qualität wie in jenem Kilo um 4 Euro enthalten. Und ob ein Schwein, dessen Schnitzl um 3 Euro pro Kilo gehandelt wird, wirklich gesund aufgewachsen ist, lässt sich bezweifeln.

„Es ist eine Schande, dass immer mehr Menschen Lebensmittel von minderer Qualität kaufen müssen, weil selbst Nahrungsmittel des täglichen Bedarfs immer teurer werden. Im Herbst sollen die Preise von Brot und Fleisch erhöht werden. Es ist dringend notwendig, dass die Pensionen endlich an den Pensionistenindex angepasst werden“, fordert die steirische KPÖ-Landtagsabgeordnete Renate Pacher.

Deshalb tritt die KPÖ für eine amtliche Preisregelung bei Gütern des täglichen Bedarfs ein. Dieses System hat in den Jahren des Wiederaufbaus in Österreich wunderbar funktioniert und wurde vor dem Beitritt zur EU abgeschafft.



Die Lebensmittel im Supermarkt teuer wie nie. Eine Amtliche Preisregelung könnte helfen.